



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 3. Dezember 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

A 161 Anfrage Setz Isenegger Melanie und Mit. über einen Notfallplan zur Abwendung eines Konkurses des Stahlkonzerns Schmolz + Bickenbach / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die Anfrage A 161 wurde auf die Dezember-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 109 zu 4 Stimmen zu.

Melanie Setz Isenegger ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Melanie Setz Isenegger: Gestern hat die Generalversammlung von Schmolz + Bickenbach einer Kapitalerhöhung zugestimmt, und der Konkurs ist vorerst abgewendet. Es ist uns wichtig zu betonen, dass wir den Entscheid der Übernahmekommission des Bundes (UEK) und der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (Finma) nicht hinterfragen, sondern vielmehr die Regierung auffordern, direkt bei den verschiedenen Investoren aktiv zu werden, um rechtskonforme Lösungen zu finden. Der Regierungsrat hat interveniert, und wir sind froh über eine Lösung für die Arbeitsplätze in Emmenbrücke. In der Vergangenheit haben wir ähnliche Aktionen oft vermisst. Die Interventionen sollen nicht bloss auf Bundesstellen, sondern insbesondere auf die Verantwortung der Investoren zielen. Das ist zwar aus der Antwort ersichtlich, öffentlich fehlen diese Aussagen aber leider. Der Ball liegt unserer Meinung nach weiterhin beim Kanton, bei der Wirtschaftsförderung und den Standortgemeinden, die Entwicklung der Unternehmen am Standort Luzern im Auge zu behalten, mögliche Schwierigkeiten frühzeitig zu erkennen und für die Arbeitnehmenden verträgliche Lösungen anzustossen. Es kann und darf nicht sein, dass Grossaktionäre und Investoren über die Zukunft von Arbeitsplätzen entscheiden, ohne dass sich die Kantone und Gemeinden ihrer sozialpolitischen Verantwortung bewusst sind, wie zum Beispiel der Gemeinderat Emmen, der auf das Prinzip Hoffnung setzt. Es braucht zukunftsgerichtete Ideen, wie Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen werden können – auch in stark schwankenden Branchen – und nicht bloss Kapitalverschiebungen, um kurzfristig Schaden abzuwenden. Wir erwarten von den kantonalen Playern, dass sie aktiv mitspielen.

Urs Marti: Die CVP schätzt den Einsatz in dieser für die Region wichtigen Sache. Wir sind froh, wenn der Regierungsrat alles in seiner Macht Stehende unternimmt oder unternommen hat. Uns ist aber auch bewusst, dass es dabei Grenzen gibt. Die Aktienverteilung und die Aktionärsbindungsverträge sind beispielsweise privat und nicht durch uns zu beeinflussen. Wir freuen uns aber, dass die Grossaktionäre kurzfristig zu einer Einigung gekommen sind und die nötigen Finanzen zur Verfügung gestellt werden. Nun bleibt zu hoffen, dass die Aktionäre die Zukunft des Konzerns gemeinsam sichern. Gestatten Sie mir eine Bemerkung: Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass sich die SP neu als Wirtschaftspartei versucht. Wir werden sie aber bei künftigen Gelegenheiten zum Thema Wirtschaft daran erinnern.

Claudia Huser Barmettler: Die Regierung erklärt in ihrer Antwort, welche Massnahmen sie

ergriffen hat. Aus Sicht der GLP ist es richtig und wichtig, dass sich die Regierung für den Wirtschaftsstandort Luzern einsetzt. Es ist berechtigt, wenn sich der Regierungsrat für eine Lösung einsetzt. Man kann durchaus der Ansicht sein, dass der Entscheid der Übernahmekommission, die vorgegebene Angebotspflicht angesichts der Ausgangslage von Schmolz + Bickenbach nicht aufzuheben, etwas schwer zu verstehen ist. Aus staatspolitischer Sicht ist es unserer Meinung nach ebenfalls fragwürdig, wenn die Regierung versucht, den Entscheid einer unabhängigen Behörde, also der Finma, zugunsten einer Investorengruppe zu beeinflussen. Durch das Eingreifen der Regierung und die Schreiben einiger Luzerner Nationalräte wird klar die Unabhängigkeit der Finma untergraben. Das ist auch Sicht der GLP staatspolitisch gefährlich. Deshalb erwartet die GLP zukünftig eine angemessene Zurückhaltung der Regierung.

André Marti: Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Regierungsrat und unsere Bundesparlamentarier sich bei dieser Frage einsetzen. Wir müssen aber auch realistisch bleiben, ihre Einflussnahme ist in diesem Fall sehr beschränkt. Ich spreche aus eigener Erfahrung, da ich lange für die Wirtschaftsförderung tätig war. Die Anfrage und das Votum von Melanie Setz Isenegger suggerieren, dass man aus Sicht der Politik einen entscheidenden Beitrag zur Verhinderung des Konkurses leisten könnte. Dem ist nicht so. Wir können nur hoffen, dass es nicht zu einem Konkurs kommt, andernfalls sind alle Stellen gefordert, für die Mitarbeitenden nach Lösungen zu suchen. Die Politik müsste für eine langfristige Weiterentwicklung und Umnutzung des Areals besorgt sein, dort könnte sie Einfluss nehmen. Aber wir hoffen, dass es gar nicht erst so weit kommt. Unsere Daueraufgabe ist es, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft attraktiv zu halten.

Gabriela Kurer: Es ist schwierig, was man von der «Schmolz + Bickenbach»-Geschichte halten soll. Schlussendlich sind es zwei Aktionäre, die sich um Machtanteile streiten. Die Leidtragenden sind oft die Mitarbeitenden, welche die Dividenden für sie erarbeiten. Gestern wurde mehrfach auf die Vergangenheit verwiesen. Wenn ich an die Anfänge einer Aktiengesellschaft zurückdenke, war es so, dass eine Partei Geld hatte und die andere Ideen. Die eine hat Geld gegeben, um ein Unternehmen mit Mitarbeitenden zu gründen und erhielt etwas vom Gewinn. Der Gedanke dabei war sozial motiviert. Uns ist dieser soziale Gedanke immer noch wichtig. Uns geht es in erster Linie darum, dass Arbeitsplätze erhalten bleiben. Unter Wirtschaftsförderung verstehen wir, dass Unternehmen Gewinne erwirtschaften, die primär dem Unternehmen und den Mitarbeitenden zugutekommen und erst in zweiter Linie den Investoren. Wenn um Unternehmensanteile gestritten wird, erwarten wir das Eingreifen der Wirtschaftsförderung im Sinn der Mitarbeitenden und nicht im Sinn der Aktionäre. Gemäss Antwort der Regierung wurde bereits im Vorfeld mit der Konzernleitung Kontakt aufgenommen. Das begrüsst die G/JG-Fraktion sehr. Allerdings finden wir es wichtig, dass die zuständigen Stellen – die Übernahmekommission sowie die Finma – weiterhin ihre Arbeit als wichtige unabhängige Kontrollorgane machen können. Wir finden es ebenfalls heikel, wenn hier die Regierung Einfluss nehmen möchte. Auch die kleinen Aktionärinnen und Aktionäre haben Rechte, die wir schützen dürfen. Wir sind gespannt auf das Urteil der Finma.

Räto B. Camenisch: Die Firma Schmolz + Bickenbach stellt für den Kanton Luzern ein richtiges Klumpenrisiko dar. Es geht um sehr grosse Beträge, die meistens von ausländischen Investoren stammen, sodass die Regierung nur konsultativ tätig sein kann. Die Arbeitsplätze sind echt in Gefahr, das hat sich auch an anderen Orten in der Schweiz schon gezeigt, wo regierungsrätliche Interventionen nicht viel genützt haben. Wichtig ist, dass die Wirtschaftsförderung dafür besorgt ist, dass es zu keinen weiteren Klumpenrisiken kommt. Die Firmen im Raum Emmenbrücke waren früher noch viel grösser, und entsprechend war auch das Klumpenrisiko grösser. Der Unterschied war aber, dass die Firmen in Schweizer Besitz waren. Damit die Firmen und die Arbeitsplätze in der Schweiz bleiben, müssen die Rahmenbedingungen stimmen.

Jörg Meyer: Die SP versteht etwas von Wirtschaft. Für uns bedeutet aber Wirtschaftspolitik nicht ausschliesslich Finanz- oder Steuerpolitik. Für uns heisst Wirtschaftspolitik auch nicht, einfach alles geschehen zu lassen und erst dann zu

intervenieren, wenn etwas nicht gut läuft. Für die SP bedeutet Wirtschaftspolitik, gemeinsame Interessen wahrzunehmen. Wir befinden heute nochmals über die Ladenöffnungszeiten; auch das ist Wirtschaftspolitik, bei der es um Personalanliegen und Sozialpartnerschaften geht. Wenn nun Schmolz + Bickenbach neu strukturiert werden muss, hat das auch Auswirkungen auf das Personal, und die Sozialpartner sind gefordert. Davon hören wir von der bürgerlichen Seite leider kaum etwas. Wirtschaftspolitik ist auch Bildungspolitik, wenn es um die Qualifikation der Mitarbeitenden geht. Dabei rede ich nicht nur von Schulabgängern, sondern vor allem von der Generation 50 plus. Gerade diese Generation ist im Fall von Schmolz + Bickenbach besonders betroffen, denn viele von ihnen hatten eine Nischenqualifikation. Diese Mitarbeitenden landen schlussendlich bei der Arbeitslosenkasse oder in der Sozialhilfe, dann ist es zu spät. Die SP hat schon lange gefordert, dass die Wirtschaftsförderung des Kantons endlich eigene wirtschaftspolitische Vorstellungen entwickelt, die über die Steuerpolitik hinausgehen.

Marcel Omlin: Wir können bei den Rahmenbedingungen ansetzen. All die Vorschriften im Umweltbereich und im sozialen Bereich, wie etwa der Vaterschaftsurlaub, machen den Firmen zu schaffen. Hinter Schmolz + Bickenbach stehen zwei Investoren, einer davon ist aus dem Ausland. Ohne Investoren gibt es aber auch keine Arbeitsplätze. Die Aktionäre sind das Fundament einer Firma. Es gibt auch einzelne Grossaktionäre, vor allem aus dem Ausland, die alles aufkaufen. Woher das Geld dieser Investoren stammt, ist nicht immer ganz klar. Die Regierung kann nur etwas unternehmen, wenn sie die Aktienmehrheit hat. Aus diesem Grund ist die Anfrage obsolet. Das Geschäft wurde gestern erledigt, und wir hoffen, dass es sich um eine nachhaltige Lösung handelt. Die Regierung kann aber keinen direkten Einfluss nehmen, sondern sich lediglich – wie es der Regierungspräsident getan hat – mit dem zuständigen Bundesrat in Verbindung setzen.

Marcel Budmiger: Ich bin doch etwas erstaunt über das Wirtschaftsbild der SVP. Bei der Steuersenkung geht es in erster Linie nicht darum, hiesige Firmen nach Luzern zu holen, sondern Firmen aus anderen Kantonen oder dem Ausland. Ich bin erstaunt, wie sehr Sie die Regierung und die Einflussnahme der Politik unterschätzen. Die GLP fordert sogar eine angemessene Zurückhaltung. Ich bitte Sie, den Einfluss der Regierung nicht zu unterschätzen. Das Wort der Regierung hat grosses Gewicht, ein grösseres als unser Wort. Wenn sich bürgerliche Wirtschaftspolitiker mit einem offenen Brief an die Firma wenden, zeigt das doch, dass sie in der Öffentlichkeit gut dastehen wollen. Der Brief wurde übrigens von einem PR-Büro verfasst. Wenn aber die Regierung an die soziale Verantwortung der Investoren appelliert, kippt auch die Meinung der Öffentlichkeit, und es entsteht ein gewisser Druck. Der Regierungsrat kann also sehr wohl Einfluss nehmen.

Hans Stutz: Die SVP-Redner haben zwischen hiesigen und nicht hiesigen Geldgebern unterschieden. Soweit ich mich erinnere, tauchten bei Geldwäschereiaffären plötzlich die Schweizer Banken auf. Die Banken meinten dann jeweils, sie hätten nicht gewusst, woher diese Gelder stammten. Früher konnten sich die Banken noch hinter dem Bankgeheimnis verstecken. Tatsache ist doch, dass sich ein Teil dieser Geschäftemacher – unabhängig von ihrer Nationalität – nicht darum kümmert, woher das Geld stammt.

Ruedi Amrein: Ich lasse die Voten der SP-Redner nicht einfach so stehen. Meiner Meinung nach haben wir keine Differenz in der Gewichtung der weiteren Politikgebiete wie Bildung, Verkehr oder Steuern im Zusammenhang mit der Wirtschaft. Wir haben aber ein unterschiedliches Verständnis, wie diese Politik geprägt wird. Ich finde ebenfalls, dass für die Unternehmen die Rahmenbedingungen das Wichtigste sind. Die Rahmenbedingungen werden jedoch zuerst geschaffen. Ich höre von der SP aber vor allem dann, wenn es um solche Ereignisse wie bei Schmolz + Bickenbach geht. Natürlich ist es dann wichtig, sich zu engagieren, weil es um Arbeitsplätze geht. Oft ist dann aber kein Spielraum vorhanden. Der Kanton kommt aber nicht weiter, wenn wir uns gegenseitig Vorwürfe machen. Selbst beim Thema Umweltpolitik hat die FDP erklärt, dass sie nun von der SP und den Grünen erwarte, den Bürgerlichen bezüglich Nachhaltigkeit, insbesondere in der Wirtschaft, einen Schritt entgegenzukommen. Wir versuchen das Gleiche ebenfalls. Es bringt nichts, immer nur Maximalforderungen zu stellen und zu erklären, es werde einem kein Verständnis

entgegengebracht. Wenn es beispielsweise um das Schaffen von Rahmenbedingungen in den Bereichen Verkehr und Raumplanung geht, müssen wir uns einander entgegenkommen und nicht an Maximalforderungen festhalten. Vielleicht erhalten wir so die Chance, in Zukunft weniger über Ereignisse wie bei Schmolz + Bickenbach diskutieren zu müssen.

Angela Lüthold: Die SVP findet es sehr gut, dass die Regierung und vor allem der Regierungspräsident in dieser Frage aktiv geworden sind. Ich möchte Jörg Meyer noch etwas entgegenen: Wir verstehen sehr wohl etwas von Wirtschaft. Damit die Wirtschaft funktioniert, braucht es Investoren und gute Rahmenbedingungen. Zudem braucht es auch gute Rekrutierungsmöglichkeiten. Es nützt nichts, wenn die Hochschulen gefördert werden, aber niemand mehr normale Facharbeiten leisten will. Ich denke dabei auch an den Fachkräftemangel im Spital. Die Wirtschaft kann nur mit guten Rahmenbedingungen funktionieren, aber auch das Angebot und die Nachfrage müssen stimmen. Die SP prangert immer die Investitionen in die Wirtschaft an. Ich würde gerne wissen, wie viele wertschöpfende Arbeitsplätze die SP kreiert hat, und damit meine ich nicht quersubventionierte.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Die Regierung ist erfreut, dass gestern eine Einigung der Grossaktionäre zustande kam. Das ist ein erster Schritt, der ein Weiterbestehen von Schmolz + Bickenbach ermöglicht. Die Regierung hat sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten eingesetzt. Um sich über das Vorgehen auszutauschen, hat die Regierung ein ausserordentliches Treffen angesetzt. Es geht hier um ein Abwägen, wie weit sich die Politik einmischen soll oder darf. Im Grundsatz erachten wir es als unsere Aufgabe, gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen. Das wurde in der Vergangenheit auch von Parlament und Volk immer wieder bestätigt. Wir haben in der Regierung unsere Rollen bewusst zwischen dem Regierungspräsidenten und mir als Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor aufgeteilt. Wir haben an den Bund und die Finma appelliert, dass man das volkswirtschaftliche Interesse des Kantons Luzern beachten soll im Bewusstsein, dass es sich bei Schmolz + Bickenbach um ein Aktionariat in privater Hand handelt. Ich freue mich, dass das Wort eines Regierungsrates mehr zählen soll als jenes des Parlaments. Ich glaube, dem ist aber nicht so, auch das Wort Ihres Rates zählt. Wir haben am 27. November 2019 beim «Regionaljournal» einen Appell an die Öffentlichkeit gemacht, und am 28. November 2019 durfte ich sogar in der «Tagesschau» Stellung nehmen. Wir haben uns dabei für die 700 Arbeitsplätze und eine entsprechende Lösung eingesetzt. Ansonsten sind wir überzeugt, dass wir eine neutrale Haltung einnehmen müssen. Wir können auch nicht für den einen oder den anderen Aktionär Stellung beziehen. Wir führen den Austausch weiter, heute Morgen etwa stand ich mit dem Wirtschaftsförderer in Kontakt. Auch mit Schmolz + Bickenbach stehen wir weiterhin in Verbindung.